PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

Nr. 38 15. Juni 1965 Einzelpreis S 3,-

EIN ERSTER SCHRITT:

BILDUNG EINES VORBEREITUNGSKOMITEES ZUR NEUGRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI IN ÖSTERREICH

Am Samstag, den 12. Juni 1965, fand in Wien eine Zusammenkunft von 42 Aktivisten der "Roten Fahne" statt, um über die schwerwiegenden Konsequenzen zu beraten, die sich aus der Tatsache ergeben, daß der 19. Parteitag der KPÖ die revisionistische Entartung dieser Partei mit der Annahme eines durch und durch unmarxistischen, antileninistischen Programms und durch Bestätigung der statutenwidrigen Politik der Maßregelung und Ausschlüsse revolutionärer Mitglieder und Funktionäre besiegelt hat.

Nach einem Bericht, den Genosse Franz Strobl erstattete, folgte eine mehrstündige gründliche Diskussion, an der sich fast alle Anwesenden beteiligten. Die Diskussion ergab vollständige Übereinstimmung in den folgenden Feststellungen:

1) Mit den revisionistischen Beschlüssen des 19. Parteitags hat die KPÖ aufgehört, eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Partei zu sein, hat sie sich von den Zielen und Zwecken, derentwillen sie gegründet und aufgebaut wurde, endgültig entfernt, die revolutionären Traditionen der KPÖ verworfen und den entscheidenden Schritt zu ihrer Verwandlung in eine zweite sozialdemokratische Partei vollzogen.

2) Die österreichische Arbeiterbewegung braucht eine revolutio-

Aus dem Inhalt:

näre, konsequent marxistisch-leninistische, wirklich kommunistische Partei und kann sich nicht mit dem Zustand abfinden, daß es eine solche Partei nur mehr dem Namen nach gibt. Die Neugründung der kommunistischen Partei in Österreich ist somit eine unmittelbare dringende Aufgabe geworden, zur Hauptaufgabe, die gegenwärtig vor der österreichischen Arbeiterbewegung, vor allen ehrlich und ernstlich den Sozialismus erstrebenden Kräften steht.

3) Die Neugründung der kommunistischen Partei in Österreich ist nicht nur eine notwendige, sondern auch eine verantwortungsvolle, schwierige und umfangreiche Aufgabe, zu deren Erfüllung es intensiver ideologischer und organisatorischer Vorbereitungen bedarf. Auf ideologischem Gebiet sind solche Vorarbeiten zum Teil durch die "Rote Fahne" geleistet worden, aber in organisatorischer Hinsicht fehlen sie noch gänzlich. Vor der Neukonstituierung der kommunistischen Partei in Österreich ist daher die Bildung eines Vorbereitungskomitees erforderlich, welches die notwendigen Vorarbeiten unter Heranziehung aller geeigneten Kräfte leistet.

4) Das am 12. Juni 1965 zusammengetretene Kollektiv von Aktivisten der "Roten Fahne" konstituiert sich als vorläufiges "Zentrales Vorbereitungskomitee", das als leitendes Zentrum des zu bildenden Gesamtkomitees fungieren soll. Als geschäftsführendes Organ hat es aus seiner Mitte ein Büro gebildet, das die nächsten notwendigen Maßnahmen, darunter auch die erforderlichen gesetzlichen Schritte, durchführen soll. Diesem Büro gehören vorläufig an:

Franz STROBL, Wien (Proponent)
Armin FREUDMANN, Wien
Theo HEISS, Wien
Georg HOHENECKER, Tirol
Alfred JOCHA, Niederösterreich
Walter LANDGRAF, Wien
Ferdinand MANDL, Niederösterreich
Heinz NIGL, Oberösterreich
Ludwig PFEILER, Niederösterreich
Franz SCHMIDBERGER, Oberösterreich
Peter TESINSKY, Wien

5) Zur Erfüllung der großen und verantwortungsvollen Aufgabe, die sich das "Vorbereitungskomitee zur Neugründung der kommunistischen Partei in Österreich" stellt, genügt der bisherige Kreis der Freunde und Aktivisten der "Roten Fahne" nicht, genügt auch nicht die Beschränkung auf jenen Kreis kämpferischer und klassenbewußter Arbeiter, die Mitglieder der KPÖ waren oder noch sind. Der Erfolg der Arbeit des Vorbereitungskomitees wird wesentlich auch davon abhängen, wie weit es ihm gelingt, darüber hinaus revolutionäre und klassenbewußte Kräfte, linke Sozialisten und revolutionär gesinnte Parteilose, insbesondere junge Menschen, einzubeziehen.

★

Die Konferenz beschloß ferner, den Untertitel der "Roten Fahne" auf "Tribüne der österreichischen Marxisten-Leninisten" abzuändern. Sie beendete ihre Tätigkeit mit der Beschlußfassung über einen Aufruf an die österreichische Arbeiterschaft, der in den nächsten Tagen veröffentlicht wird.

Die Nazi-Provokation in Fischamend

Als das für 30. Mai in Wiener Neustadt angesetzte "Soldatentreffen" der neofaschistischen "Kameradschaftsbündler" unter dem Druck der österreichischen Öffentlichkeit, die noch unter dem Eindruck des Mordes an Genossen Kirchweger stand, verboten werden mußte, konnte das mit Recht als wichtiger Erfolg der antifaschistischen Kräfte begrüßt werden. Zugleich aber war schon damals klar, daß sich die neofaschistischen Marschierer nicht so leicht geschlagen geben und in Kürze wo anders versuchen würden, was ihnen in Wiener Neustadt nicht gelungen war. Schon zwei Wochen später war es so weit. Unter dem Vorwand der Enthüllung eines Fliegerdenkmals setzte der Niederösterreichische Landesverband des Kameradschaftsbundes für 13. Juni in Fischamend seine Ersatz-Kundgebung fest. Und diesmal gelang sie ihm leider!

Sie gelang aus zwei wesentlichen Gründen:

Erstens infolge einer unverhüllten, massiven Unterstützung durch den österreichischen Staatsapparat: Nicht genug damit, daß der österreichische Heeresminister Prader es für angebracht hielt, über eine Veranstaltung, bei der berüchtigte Extremisten des "Kameradschaftsbundes" faschistische Urlaute von sich gaben, hitlerische Ritterkreuzträger in die Auslage gestellt und eine Parade von Hakenkreuz-Ordensträgern inszeniert wurde, den Ehrenschutz zu übernehmen; nicht genug damit, daß Prader die Gardekapelle des Bundesheeres und den General Lube als seinen persönlichen Vertreter nach Fischamend entsandte - war zum "Schutz" der Naziordensträger außerdem eine Masse von Gendarmen und "Kieberern" mobilisiert worden, die zumindest im Verhältnis 3:1 zu den Teilnehmern des sogenannten "Fliegertreffens" stand.

Sie gelang zweitens infolge der traurigen Tatsache, daß die österreichischen Antifaschisten - eine Gruppe vor allem junger Leute ausgenommen - in Fischamend fehlten. Sie beteiligten sich zu einem Teil wohl an dem am selben Tag zwischen Wien und Perchtoldsdorf stattfindenden Friedensmarsch, der so den peinlichen Beigeschmack einer Veranstaltung bekam, deren Stattfinden es den faschistischen Provokateuren erlaubte, in Fischamend ungestört ihre Hitler-Orden herumzutragen und freche Reden zu halten. Ein anderer Teil der antifaschistischen Öffentlichkeit wußte einfach nicht, was in Fischamend geplant war und geschah, weil die Zeitungen diesmal merkwürdig schweigsam waren. Wie offensichtlich die Bedeutung des Fischamender Soldatentreffens unterschätzt und unterspielt wurde, geht auch aus einem Artikel der "Volksstimme" vom 12. Juni 1965 hervor, in dem es wortwörtlich heißt:

KLERUS

HEERESMINISTER

SOLDATENBÜNDLER

"Wie berichtet, wandten sich die Proteste vor allem gegen den beabsichtigten Mißbrauch der Denkmalweihe durch einen Aufmarsch mit Hitler-Orden. Obwohl ein solcher auf den Plakaten angekündigt ist, haben die Veranstalter bei der behördlichen Anmeldung jedoch ausdrücklich davon Abstand genommen und damit der Forderung weiter Bevölkerungskreise Rechnung getragen. Ein Versuch der extremistischen Kreise, sich darüber hinwegzusetzen, wie

dies in einem ähnlichen Fall vor einigen Jahren in Schwechat geschah, würde diesmal kaum ohne ernste Folgen bleiben."

VIERUNDZWANZIG STUNDEN SPÄTER SIND DIE HITLERORDENSTRÄGER TATSÄCHLICH MARSCHIERT - unbehindert und ohne alle "ernsten Folgen", auf die Forderung der weiten Bevölkerungskreise frech pfeifend. Und die Offiziere Praders standen stramm dabei und leisteten "Ehrenbezeugung", während die Gendarmerie den Marschierern die Straße freimachte! Die Herren Roßkopf, Ronnweber und Konsorten werden es sich wohl merken, daß die "ernsten Folgen" eine leere Drohung waren, daß keine einzige Partei einen Finger gegen sie rührte und sie werden sich dafür bald mit größeren Provokationen bedanken.

Natürlich - einige Leute standen infolge der Gleichzeitigkeit des Friedensmarsches und der Nazi-Provokation vor einem "Dilemma". Sie hatten Sorge, daß eine Mobilisierung der antifaschistischen Öffentlichkeit gegen die in Fischamend geplante Hakenkreuz-Kundgebung den Besuch ihrer 20 Kilometer davon entfernt angesetzten Abrüstungsdemonstration beeinträchtigen könnte. In ihrer Ghandi-Gesinnung haben sie nicht begriffen, daß man, um am 13. Juni wirksam für den Frieden zu demonstrieren, das in Fischamend tun mußte und nicht bloß in Liesing oder Perchtoldsdorf!

Für die - noch zu kleine - Gruppe von Antifaschisten aber, die ein wacher Instinkt nach Fischamend geführt hatte, um dort den Neonazis auf die Finger zu sehen, war es eine bedeutsame Lehre: katholische Pfarrer und Ministranten mit dem Weihrauchkessel, der General und die Garde Praders, die Gendarmen und Kriminalbeamten des Innenministers und die mit Hakenkreuz-Orden behängten Faschisten - brüderlich zusammenwirkend und vereinigt; von jenen aber, die man als aktive Kämpfer gegen die Nazidemonstration vorzufinden gehofft hatte, weit und breit keine Spur, von einer Kampfaktion ganz zu schweigen.

Allerdings, nicht alle Antifaschisten hatten auf eine zentrale Aktion gewartet. In der Nacht war eine Menge von Streuzetteln in Fischamend verbreitet worden - anscheinend von jener Gruppe von Antifaschisten, die bereits am 30. Mai in Wiener Neustadt eine ähnliche Aktion durchgeführt hatte. Wirkungsvoll war auch die Verteilung eines antifaschistischen Flugblattes während des "Treffens", welche die Redaktion der Zeitung "FUNKE - Sprachrohr junger Marxisten" organisiert hatte.

STIMMEN AUS DEM MASSENGRAB

Erich Kästner

Da liegen wir und gingen längst in Stücken.
Ihr kommt vorbei und denkt: sie schlafen fest.
Wir aber liegen schlaflos auf dem Rücken,
weil uns die Angst um Euch nicht schlafen läßt.

Wir haben Dreck im Mund. Wir müssen schweigen.
Und möchten schreien, bis das Grab zerbricht!
Und möchten schreiend aus den Gräbern steigen!
Wir haben Dreck im Mund. Ihr hört uns nicht.

Ihr hört nur auf das Plaudern der Pastoren,
wenn sie mit ihrem Chef vertraulich tun.
Ihr lieber Gott hat einen Krieg verloren
und läßt Euch sagen: Laßt die Toten ruhn!

Ihr dürft die Angestellten Gottes loben.
Sie sprachen schön am Massengrab von Pflicht.
Wir lagen unten und sie standen oben.
Das Leben ist der Güter höchstes nicht. —

Da liegen wir, den toten Mund voll Dreck.
Und es kam anders, als wir sterbend dachten.
Wir starben. Doch wir starben ohne Zweck.
Ihr laßt Euch morgen, wie wir gestern, schlachten.

Vier Jahre Mord, und dann ein schön Geläute!
Ihr geht vorbei und denkt: sie schlafen fest.
Vier Jahre Mord, und ein paar Kränze heute!
Verlaßt Euch nie auf Gott und seine Leute!
Verdammt, wenn Ihr das je vergeßt!

ACHTUNG VOR PROVOKATIONEN !

In letzter Zeit mehren sich Vorfälle der Art, daß Aktivisten und Funktionäre der Partei, bei denen man Sympathien zur "Roten Fahne" vermutet, in ihrer Wohnung oder an ihrer Arbeitsstätte von Leuten angerufen werden, die sich als Vertreter der Redaktion ausgeben und anfragen, inwieweit der Angerufene bereit sei, die "Rote Fahne" zu unterstützen. Wir machen aufmerksam, daß die Redaktion keine solchen Umfragen durchführt, es sich also um Provokationen handelt.

Massenabbau !

(DAS PITTERMANN-INTERVIEW MIT DER "PRESSE")

Man erinnert sich noch, wie man seinerzeit Olah - mit vollem Recht - den Vorwurf gemacht hat, daß er ausgerechnet der großkapitalistischen "Presse" ein Interview gab, um seine verdächtigen Absichten zu propagieren. Dasselbe hat nun der SP-Vorsitzende Pittermann für zweckentsprechend gefunden. Ausgerechnet im führenden Kapitalistenblatt Österreichs hat er am 15. Mai in Form eines eine ganze großformatige Zeitungsseite ausfüllenden Interviews seine Stellungnahme zu dem geplanten Massenabbau in der SGP bzw. zur Stillegung des Rax-Werkes bekanntgegeben. Pittermann gibt sich einerseits zwar so, als sei er gegen die Schließung des Raxwerkes, die man durch Kursnehmen auf eine Steigerung der Aufträge und durch Kredite hintanhalten könnte, der Pferdefuß an seiner Beurteilung des Problems ist aber - und das ist wohl auch der Grund, warum die "Presse" dieses lange Interview so groß aufmacht - daß er dem von den "Sachverständigen" ausgearbeiteten "Sanierungsplan", der den Massenabbau von 700 bis 1200 Arbeitern vorsieht, ausdrücklich zustimmt. Pittermann gebärdet sich also auf der einen Seite als sozial denkender Vater der "Verstaatlichten", unterstützt auf der anderen Seite aber gleichzeitig einen Massenabbau der dort Beschäftigten!

Und was sagt dazu die "Volksstimme" der KPÖ? Unter Balkenlettern widmet sie am 18. Mai dem Pittermann-Interview einen dreispaltigen Artikel,

Ein Leser sandte uns das folgende Foto aus dem "EXPRESS" vom 19. Mai 1965 und ersuchte, es mit einem entsprechenden Kommentar zu veröffentlichen. Wir sind jedoch der Meinung, daß es überhaupt keines Kommentars bedarf!



MELDUNG ERSTATTETE ein Funktionär des Kameradschaftsbundes dem SP-Präsidentschaftskandidaten Jonas in Radkersburg.

„Die Presse" 15./16. Mai 1965

„DIE PRESSE": Sehr aktuell ist jetzt die Situation der SGP. Was könnte Ihrer Meinung nach zu einer Sanierung der SGP führen?

PITTERMANN: Die Durchführung der von den beiden Sachverständigen vorgeschlagenen Maßnahmen, die hauptsächlich darin beruhen, daß einerseits das notwendige Kapital ergänzt wird . . .

„DIE PRESSE": Das sind 350 Mill. S.

PITTERMANN: Ja, mindestens . . . und andererseits die dem Auftragsstand angemessene Reduktion der Produktion durchgeführt wird.

„DIE PRESSE": Diese Reduktion der Produktion wird im Expertenbericht konkret ausgesprochen, indem es heißt: Abbau von 1200 Arbeitskräften.

„DIE PRESSE": Sie glauben also, daß der Abbau der 1200 Arbeitskräfte ohne Abstoßung des Rax-Werkes durchgeführt werden könnte?

PITTERMANN: Ich will gar nicht einmal so weit gehen, ohne Abstoßung. Ich möchte nur sagen, daß erstens die Abstoßung des Rax-Werkes nicht empfohlen wird im Expertenbericht . . .

„DIE PRESSE": Das stimmt.

PITTERMANN: . . . und daß zweitens die Abstoßung des Rax-Werkes in keiner Weise eine Sanierung bedeutet.

„DIE PRESSE": Ja, aber es würde ein Weg zur Gesundschrumpfung des Unternehmens sein.

PITTERMANN: Der geht sehr weit, der Expertenbericht. Der Expertenbericht sieht hier schon sehr konkrete Maßnahmen vor.

„DIE PRESSE": Zum Beispiel den Abbau von 1200 Beschäftigten.

PITTERMANN: Zum Beispiel, ja.

„DIE PRESSE": Und wie soll sich der vollziehen? Bei 6000 Beschäftigten müßte also jeder fünfte Mann abgebaut werden. Es wäre doch viel einfacher, ein Werk mit 700 Leuten abzustoßen, anstatt Angst unter den Arbeitnehmern zu verbreiten und zu sagen: Jeder fünfte von euch muß abgebaut werden, damit wir den Konzern konsolidieren.

PITTERMANN: Erstens wird der Abbau der anderen nicht erspart bleiben, er wird höchstens in der Zahl reduziert werden, denn ich mache Sie aufmerksam, unrentabel sind die anderen Betriebe mindestens so wie das Rax-Werk, einige sogar weit mehr;

der im wesentlichen nichts anderes als eine völlig kritiklose Unterstützung und Nachbetung von Pittermanns Erklärungen ist. Wörtlich schreibt die "Volksstimme": "Die Ansichten des Vizekanzlers zu den von der "Presse" gestellten Fragen d e c k e n s i c h weitgehend mit den Vorschlägen, die von der Gewerkschaftlichen Einheit zur Überwindung der Krise im SGP-Konzern gemacht worden sind". Die "Volksstimme" "übersieht" bloß eine Kleinigkeit: die in Pittermanns Erklärungen enthaltene Z u s t i m m u n g zum Massenabbau von 700 bis 1200 Arbeitern!

Es ist wohl ein Musterbeispiel für die "neue Linie" der "Verständigung" mit der SPÖ: man klatscht Bravo zu dem, was der oberste Chef der Verstaatlichten Betriebe sagt, der gleichzeitig auch der oberste Chef der österreichischen Reformisten ist, und verschweigt bloß, daß das Kernstück seiner Ausführung die Billigung eines großangelegten Massenabbaus ist. Man täuscht den Arbeitern vor, daß der SP-Vorsitzende ein Fürsprecher der Interessen der Arbeiter sei und verschweigt ihnen gleichzeitig, daß er in Wahrheit ihre Interessen bereits in aller Öffentlichkeit verraten hat!

W. F.

* * * * * * * * * * *

"MITBESTIMMUNG" IN WESTDEUTSCHLAND

Die untenstehende Zeichnung ist der westdeutschen Gewerkschaftszeitung "Metall" vom 9. 2. 65 entnommen. Sie erinnert daran, daß das, was die KPÖ auf ihrem 19. Parteitag als neuesten Schrei propagiert, die "Mitbestimmung" der Arbeiter in der kapitalistischen



Wirtschaft, im Reiche der Krupp und Thyssen bereits seit 1951 g e s e t z l i c h festgelegt ist. Das von den westdeutschen Rechtssozialisten und vom DGB in den Jahren 1950/51 geforderte "Mitbestimmungsgesetz" wurde von der damaligen Adenauer-Regierung im vollen Bewußtsein gewährt, daß es keinerlei Gefahr für den Kapitalismus darstellt und sich angesichts der kleinsten Krisenerscheinungen als Seifenblase erweisen wird. Jetzt ist es anscheinend so weit. Die ersten Lüftchen einer beginnenden Rezession blasen bereits die ganze "Mitbestimmung", auf die die SPD-Führer so stolz waren, über den Haufen. Betrübt wird nun in "Metall" konstatiert, daß "die bisherige Mitbestimmung erledigt ist, wenn nicht bald etwas Entscheidendes geschieht".

DIE METHODEN DER REVISIONISTEN

Nach einem Wahlkampf, bei dem sie einer vereinigten Front von der äußersten Rechten bis zu den Chruschtschow-Revisionisten gegenüberstanden, hat die KP Belgiens (M.-L.) unter



Führung des Genossen GRIPPA bei den Parlamentswahlen von Ende Mai 23.903 Stimmen erhalten. Unsere belgischen Genossen konnten den Wahlkampf natürlich nur mit einem kleinen Bruchteil des materiellen Aufwands führen, der den Revisionisten zur Verfügung stand. Dennoch ließen die Revisionisten eigene Plakate drucken, um die Wahlwerbung unserer Genossen zu überkleben und zu verdecken. (Siehe Foto links). In welche Gesellschaft sich die Chruschtschow-Revisionisten damit begaben, zeigt das untenstehende Bild: Auch den belgischen Faschisten war die Wahlwerbung der Marxisten Leninisten anscheinend ein besonderer Dorn im Auge.



"FRIEDENSMARSCH" - WIRKLICH SO RISKANT ?

Als außerordentlich riskante und gefährliche Sache, gegen deren mögliche Folgen man sich nach allen Seiten hin gründlichst absichern müsse, scheinen die Veranstalter den am 13. Juni 1965 abgehaltenen "Marsch für internationale Verständigung, Abrüstung und Frieden" betrachtet zu haben. Sie hätten es sonst nicht notwendig gehabt, für ihn ein mehrseitiges minutiöses R e g l e m e n t auszuarbeiten, das eine geradezu beleidigende Aneinanderreihung von Ermahnungen, Beschränkungen und Verboten darstellt. In den "Hinweisen für Marschteilnehmer" wird gleich eingangs daran erinnert, daß nicht nur die Zahl, sondern "vor allem auch ihr V e r h a l t e n" für die Wirkung des Marsches bestimmend sei, daß die bürgerliche Presse und die staatlichen B e h ö r d e n die "vorbildliche Ordnung und Disziplin" der Teilnehmer bisher immer a n e r k a n n t hätten und daß es heuer gelte, diesen guten Ruf nicht zu gefährden. Es folgt danach eine Liste von Einschränkungen und Verboten, die "unbedingt zu beachten" seien.

V e r b e t e n sind z. Bsp. alle Fahnen und Abzeichen mit Ausnahme des Abzeichens der "Aktion".

V e r b e t e n sind Tafeln und Transparente, die nicht vorher von der Marschleitung geprüft bzw. von ihr ausgegeben wurden. Es sind jene Texte zu verwenden, die im Vorstand vereinbart wurden, anderen wird die Entfernung aus dem Zug angedroht.

V e r b e t e n sind auch Flugblätter und anderes Material, das nicht von der Marschleitung selbst stammt. "Anderes Material bitten wir, weder im Marschzug noch im Spalier zu verteilen - a u c h d a n n n i c h t, w e n n e s m i t d e n Z i e l s e t z u n g e n d e s M a r s c h e s ü b e r e i n s t i m m t".

V e r b e t e n sind des weiteren auch

Fortsetzung auf Seite 14



Wir entnehmen die obige Kartenskizze der Nr. 22/1965 (1. Juni) der seit Herbst vorigen Jahres in deutscher Sprache erscheinenden "PEKING RUNDSCHAU", die in Peking gedruckt und ihren Abonnenten in aller Welt per Luftpost zugesandt wird. Bestellungen für diese außerordentlich informative Zeitschrift erbitten wir an die Adresse

"Peking Rundschau", WIEN ... AMT 152, POSTFACH 15

Der Abonnementpreis beträgt S 80,- für 1, S 120.- für zwei, bzw. S 160,- für drei Jahre.

Sprechchöre, da sie ungeeignet seien, bei den Zuschauern Verständnis und Sympathie zu erwecken.

Verbeten sind weiters Lieder, die nicht von einer speziellen Singgruppe angestimmt wurden und zu denen die Texte von der Marschleitung nicht vorher ausgegeben wurden. Vom Singen anderer Lieder sei "grundsätzlich Abstand zu nehmen".

Verbeten ist schließlich noch jeglicher Alkoholkonsum während des Marsches. Es berührt nach dieser Liste sogar angenehm, daß sie auf besondere Bestimmungen für Fleischesser, Tabakraucher oder Taschenmesser-Besitzer verzichtet.

*

Möge man uns nicht mißverstehen: Wir haben nichts dagegen, wenn bei der Vorbereitung einer Demonstration, schon gar, wenn sie Menschen verschiedener politischer Überzeugungen vereinigt, für eine entsprechende Disziplin gesorgt wird und man die dazu notwendigen Richtlinien bekanntgibt. Aber muß man das in einer so ängstlichen, alle Initiative der Demonstranten ertötenden und dem Aufmarsch alle Farbe und Lebendigkeit nehmenden Weise tun? Geht es den Verfassern des Marsch-Reglements wirklich nur um die Erhaltung der notwendigen Ordnung und Disziplin und nicht am Ende gar darum, ihm jeden kämpferischen Charakter zu nehmen, ihn somit aus einer wirkungsvollen Friedensdemonstration in einen pazifistischen Umzug zu verwandeln, der den Frieden erfleht, aber es nicht wagt, jene zu nennen, die ihn an allen Ecken und Enden der Welt gefährden?!

Der Verdacht wird umso stärker, als unter den zentral ausgegebenen und im Regulativ veröffentlichten Losungen sich solche finden wie: "KEIN WELTKRIEG WEGEN VIETNAM!" Was heißt denn das? Steckt da nicht auch die Losung drinnen: "US-Imperialisten, macht in Vietnam, was Ihr wollt, es wird schon keine Folgen haben!"? Was wird man sagen, wenn die US-Bomben nicht mehr nur auf das sozialistische Vietnam, die Truppenlandungen Johnsons nicht mehr nur im Kongo, in Vietnam, in der Dominikanischen Republik usw. erfolgen, sondern z.Bsp. Kuba, die DDR, Albanien, China oder sonst ein Land im Fadenkreuz ihrer Mordwaffen liegt? Wird man in Österreich dann unter der Losung "Kein Weltkrieg wegen der DDR" demonstrieren oder Bomben auf Berlin und Leipzig zum Gegenstand von Verhandlungen mit den USA machen wollen?

Einer der offiziellen Redner des Marsches für Verständigung und Abrüstung hat erklärt, daß ihm die Losungen nicht gefallen, die die Marschteilnehmer auf vielen Plätzen vorfanden, darunter solche wie:

"KAMPF GEGEN DEN US-IMPERIALISMUS IST KAMPF FÜR DEN WELTFRIEDEN!"

"DIE US-IMPERIALISTEN SIND DIE KRIEGSVERBRECHER VON HEUTE!"

"NUR DIE NIEDERLAGE DER USA IST EIN SIEG DES WELTFRIEDENS!"

"US-IMPERIALISMUS IST KRIEG!"

"GEGEN DEN US-VÖLKERMORD IN VIETNAM UND SANTA DOMINGO!"

"FORT MIT DEN US-NAZIS AUS VIETNAM!"

Mag sein, daß diese Losungen bei einzelnen Leuten Anstoß erregten, die absolut nicht sehen wollen, woher heute die wirkliche, ständig größer werdende Weltkriegsgefahr kommt. Doch man kann heute den Frieden nicht verteidigen, wenn man sich fürchtet, den Kriegstreibern weh zu tun. Man kann den Frieden nicht verteidigen, wenn man vor den Quellen und Ursachen der Kriegsgefahr die Augen schließt. Auch wenn es noch nicht alle Menschen verstehen, bleibt es eine Tatsache, daß nur der offene Kampf gegen den Imperialismus, vor allem gegen den USA-Imperialismus, ein wirklicher Kampf für die Erhaltung des Weltfriedens ist.

„Ich glaube nicht an die Gewalt. Gerade deshalb versuche ich ihr ein Ende zu machen. Aber man kann sie nicht mit Liebe beenden. Die amerikanische Regierung ist brutal und gewalttätig, wo immer sie handelt – in Vietnam, im Kongo, in Korea. Aber wenn wir uns gegen Lyncher zu schützen versuchen, verlangt man von uns, es gewaltlos zu tun. Wir selbst müssen uns gegen die Gewalt der anderen verteidigen; die Presse dagegen versucht die Tatsachen zu verdrehen . . ."

MALCOLM X, der revolutionäre amerikanische Negerführer, ermordet am 21. Februar 1965.

Arbeiter! Sozialisten! Kommunisten!

Wir alle leben in einem Jahrhundert ununterbrochener Bewegung und Entwicklung, in einem Jahrhundert weltumspannender Veränderungen. In unserem, im 20. Jahrhundert, haben schon hunderte Millionen Menschen die alte kapitalistische Gesellschaftsordnung, die der Menschheit furchtbare Kriege und entsetzliches Leid gebracht hat, auf den Misthaufen der Geschichte geworfen und den Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung in Angriff genommen. Andere hunderte Millionen Menschen führen einen gewaltigen und trotz aller technischen Unterlegenheit erfolgreichen nationalen Befreiungskampf zur Abschüttelung des unerträglich gewordenen Kolonialjochs, einen immer entschlosseneren Kampf gegen den Imperialismus, dessen aggressivster und kriegslüsternster Teil der amerikanische ist.

Auch in Österreich steht die Arbeiterklasse vor entscheidenden Aufgaben. Die ÖVP ist bemüht, im Interesse des Kapitals eine Politik durchzusetzen, die unser Land wirtschaftlich, politisch und militärisch dem amerikanischen Imperialismus und seinem europäischen Lakaien, dem westdeutschen Monopolkapital, ausliefert. Der Anschluß an die EWG – egal in welcher Form – bedeutet die Eingliederung Österreichs in den militaristischen NATO-Pakt.

Unter dem Schutze der ÖVP-Politik, die im wesentlichen mit Zustimmung der SP-Führung durchgeführt wird, sammeln sich die faschistischen Elemente und warten auf ihre Stunde. Die Profite der Unternehmer haben Rekordhöhen erreicht und der Anteil der Arbeitenden am Nationaleinkommen sinkt von Lohnerhöhung zu Lohnerhöhung.

In dieser Zeit der Höchstprofite, in der Zeit, da der amerikanische und deutsche Imperialismus nach Österreich greifen, in einer Zeit, in der die Polizei nicht verhindert, daß Faschisten gegen österreichische Patrioten aufmarschieren und zum Mord schreiten können, in einer Zeit schließlich, in der die amerikanischen Kriegstreiber durch ihre Aggressionen in allen Teilen der Welt, wie gerade jetzt in Vietnam und in der Dominikanischen Republik, den dritten Weltkrieg vom Zaun brechen wollen, braucht die österreichische Arbeiterklasse eine klare Ausrichtung.

In dieser Zeit hat der 19. Parteitag der KPÖ "Perspektiven" beschlossen, die eine endgültige Preisgabe jener Grundsätze bedeuten, um derentwillen diese Partei gegründet wurde.

REFORM ODER BESEITIGUNG DES KAPITALISMUS?

Es gab in der Arbeiterbewegung schon immer zwei einander entgegengesetzte Strömungen:

Die Führung der einen verfolgte und verfolgt das Ziel, durch Reformen im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung den arbeitenden Menschen ihre Lage so weit erträglich zu gestalten, daß sie sich mit dieser auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden Gesellschaftsordnung abfinden. Diesen als Reformisten, Opportunisten und Revisionisten bezeichneten Arbeiterführern gelang es in den relativ guten Zeiten, den Konjunkturperioden des Kapitalismus, zwar meist, die Mehrheit der arbeitenden Menschen in der Illusion zu wiegen, daß es sich auch im Kapitalismus ganz gut leben ließe. Sie vermochten aber nicht, die arbeitende Bevölkerung vor den furchtbaren Leiden zu bewahren, die ihnen der Kapitalismus zwangsläufig immer wieder bringt: vor dem Elend der Krisen und den Schrecken der Kriege, deren Ursachen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegen, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht und deren Triebkräfte Profitstreben und Machthunger sind.

Sie haben noch immer, wenn solche Zeiten des Massenelends von Zeiten der Konjunktur abgelöst wurden, den arbeitenden Menschen einzureden versucht, der Kapitalismus habe sich grundlegend geändert und gebessert.

So gelang es ihnen in vielen Ländern, auch in Österreich, die arbeitenden Menschen vom Kampf um eine bessere, menschlichere, um die sozialistische Gesellschaftsordnung abzuhalten.

Sie haben aber in keinem einzigen Land der Welt, auch nicht in solchen, in denen sie seit Jahrzehnten an der Spitze der Regierung stehen, die Ausbeuterordnung des Kapitalismus beseitigt und den Sozialismus verwirklicht.

Die andere, die revolutionäre Strömung in der Arbeiterbewegung verfolgte und verfolgt das Ziel, die arbeitenden Menschen für immer von den Gefahren und Leiden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu befreien. Sie stützt sich dabei auf die Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tse-Tung und anderen bedeutenden Theoretikern und Praktikern des wissenschaftlichen Sozialismus, wonach die arbeitenden Menschen sich von Ausbeutung, Krisennöten und Kriegsleiden nicht anders befreien können als durch die Beseitigung der kapitalistischen und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Da noch niemals in der Geschichte der Menschheit eine herrschende Klasse auf ihre Macht und auf ihre aus den arbeitenden Menschen herausgepreßten Reichtümer verzichtet hat - und das auch niemals freiwillig tun wird -, kann die Änderung der Gesellschaftsordnung nur auf revolutionärem Weg erzwungen werden. Wer auf diesen Weg verzichtet, verzichtet auch auf die Änderung der Gesellschaftsordnung. Um alle verzweifelten Versuche der gestürzten Ausbeuterklassen, ihre Macht und ihr Eigentum an den Produktionsmitteln - die Quelle ihrer Macht - zurückzugewinnen, wirksam bekämpfen zu können, müssen die arbeitenden Menschen den alten Staatsapparat, den die Ausbeuter zum Schutze ihrer Privilegien geschaffen haben, zerbrechen. Sie müssen selbst die Herrschaft übernehmen und einen neuen, von der Arbeiterklasse geleiteten Staat errichten. Die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Marx als "Diktatur des Proletariats" bezeichnet hat, um außer allem Zweifel zu lassen, daß sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Anwendung organisierter Gewalt gegen die Ausbeuter bedarf, bedeutet jedoch nur gegenüber der kleinen Minderheit der Machthaber und Nutznießer der alten Ausbeuterordnung eine "Diktatur". Sie nimmt die „Freiheit", Menschen auszubeuten, Völker zu unterdrücken und mörderische Kriege zu entfesseln, um daran zu verdienen.

Die als Diktatur des Proletariats bezeichnete Staatsmacht der Arbeiterklasse bringt und sichert aber gerade durch die Ausschaltung der alten Profitmacher neue, im Kapitalismus niemals erreichbare Rechte und Freiheiten für die arbeitenden Menschen! Sie macht sie frei von Ausbeutung, Völkerhaß und Kriegsängsten. Sie gibt ihnen das Recht, die Früchte ihrer Arbeit ungeschmälert zu genießen, alle ihre Fähigkeiten unbeschadet ihrer sozialen Herkunft zu entwickeln, den ihren Fähigkeiten entsprechenden Platz in der Gesellschaft einzunehmen und frei von der Angst vor Arbeitslosigkeit, Inflation, Krisen- und Kriegsschrecken eine glückliche Zukunft aufzubauen.

Die arbeitenden Menschen für den revolutionären, den einzigen gangbaren Weg zum Sozialismus zu gewinnen und sie auf diesem Weg zu einer besseren Zukunft zu führen, war und bleibt die Aufgabe der revolutionären Arbeiterpartei.

Eine solche Partei war die KPÖ. Mit den Beschlüssen ihres 19. Parteitages hat sie aber mit jenen Grundsätzen gebrochen, deren Anwendung in einem Viertel der Welt zur Errichtung des Sozialismus geführt und ein Drittel der Menschheit von der kapitalistischen Ausbeutung befreit hat. Mit dem neuen Programm, das die KPÖ sich gegeben hat, unterscheidet sie sich grundsätzlich nicht mehr von jenen sich sozialistisch nennenden Parteien, die noch nirgends den Sozialismus errichtet haben.

EINE REVOLUTIONÄRE ARBEITERPARTEI FEHLT !

Seit dem 19. Parteitag der KPÖ ist also in Österreich eine völlig neue Lage entstanden: es gibt in unserem Land keine revolutionäre Arbeiterpartei mehr. Was es jetzt noch in Österreich an Parteien gibt, sind nur noch solche, deren Politik faktisch der Aufrechterhaltung des Kapitalismus dient:

1. Die "Volks"-Partei

Sie nennt sich Volkspartei, dient aber nicht den Interessen des Volkes, sondern vertritt jene der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, der Bankiers, Zinsgeier und Preistreiber sowie aller anderen Sorten von Ausbeutern.

Sie hat auch mit den nationalen Interessen des österreichischen Volkes nichts gemein. Denn ihre Führung wird von deutschnationalen, amerikahörigen und habsburgtreuen Reaktionären beherrscht.

2. Die "Sozialistische" Partei

Diese ursprünglich revolutionäre Partei hat die österreichische Arbeiterklasse in der Vergangenheit erfolgreich in den Kampf um bedeutende politische und soziale Errungenschaften geführt. Sie waren das Ergebnis der Angst der Kapitalisten, alles zu verlieren, wenn sie nicht einiges zugestehen. Es waren Zugeständnisse an die revolutionäre, um den Sozialismus kämpfende Arbeiterklasse.

Unter dem Einfluß reformistischer Führer verwandelte sich diese Partei aus einem Instrument des Kampfes um den Sozialismus in ein Instrument zur Erhaltung des Kapitalismus. In allen entscheidenden Situationen, vor allem nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, als es für die Arbeiterklasse eine reale Möglichkeit gab, die Macht zu ergreifen, verbündete sie sich mit den bürgerlichen Parteien gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Daß die Kapitalisten in Österreich noch immer die herrschende Klasse sind, verdanken sie vor allem den Führern dieser Partei.

Trotz ihres irreführenden Namens hat die Sozialistische Partei mit dem Sozialismus nicht mehr gemein wie die Volkspartei mit dem Volk.

3. Die "Freiheitliche" Partei

Die meisten Führer dieser Partei waren Stützen des Naziregimes, der blutigsten Diktatur und der brutalsten Fremdherrschaft, die das österreichische Volk je zu erdulden hatte. Sie bekennen sich mit geringfügigen Einschränkungen noch immer zu dieser "großen" Zeit. Die "Freiheit", der sie dienten, war die Freiheit der Henker und KZ-Sadisten, der Kriegsverbrecher und Völkermörder. Sie sind die fünfte Kolonne der deutschen Militaristen, die sich ebenso wie die amerikanischen Imperialisten von einem dritten Weltkrieg die Verwirklichung ihrer Weltherrschaftspläne versprechen. Sie sind die Einpeitscher eines neuen Anschlusses, sind willfährige Werkzeuge der deutschen und zugleich der amerikanischen Imperialisten.

Diese Partei hat mit Freiheit ebenso wenig gemein wie die Volkspartei mit dem Volk und die Sozialistische Partei mit dem Sozialismus.

4. Die "Kommunistische" Partei

Sie behauptet zwar noch, auf dem Boden des Marxismus-Leninismus zu stehen. Aber ihre Führer erklären heute, Marx, Engels und Lenin seien schon zu lange tot und die Verhältnisse hätten sich zu sehr geändert, als daß ihre Lehren noch ohne wesentliche Änderungen den heutigen Bedingungen entsprechen könnten. Die Veränderungen, die sie an den Grunderkenntnissen dieser großen Denker der Arbeiterbewegung vornehmen, berauben deren Lehren aber ihres wesentlichen revolutionären Inhalts. Über Stalin sagen sie, er sei überhaupt ein Verbrecher gewesen, Mao Tse-Tung hingegen sei einerseits ein weltfremder Träumer, andererseits ein Kriegsabenteurer. Trotzdem gebrauchen sie noch revolutionäre Redewendungen, berufen sich auch noch auf Marx und Lenin. Die Ansichten, die sie vertreten, sind aber im Prinzip die gleichen wie jene der Führer der SPÖ, und in allen wesentlichen Fragen unterstützen sie auch deren Politik. Sie haben aus der KPÖ eine zweite sozialdemokratische Partei gemacht.

So hat die KPÖ seit ihrem 19. Parteitag mit Kommunismus und Marxismus-Leninismus um nichts mehr gemein als die Volkspartei mit dem Volk, die Sozialistische Partei mit dem Sozialismus und die Freiheitliche Partei mit Freiheit.

WAS NUN ?

Bei allen Unterschieden, die es zwischen den vier derzeit in Österreich bestehenden Parteien gibt - und die wir weder übersehen noch unterschätzen -, haben sie doch eines gemeinsam: keine von ihnen wird den Sozialismus in Österreich erkämpfen.

Daraus entstehen nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für das ganze österreichische Volk ernste Gefahren. Wenn es keine revolutionäre, um die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung kämpfende Arbeiterbewegung gibt, haben die Kapitalisten umso weniger Veranlassung, durch Reformen und andere Zugeständnisse den arbeitenden Menschen das Leben im Kapitalismus erträglicher zu machen. Der Verzicht auf den revolutionären Kampf um das Endziel, den Sozialismus, erschwert daher auch beträchtlich den Kampf um weitere soziale Verbesserungen, gefährdet bereits erkämpfte Errungenschaften und ermutigt die herrschende Klasse, ihre Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung zu verschärfen. Das erleichtert es auch den reaktionärsten, direkt vom westdeutschen und amerikanischen Kapital abhängigen Gruppen, ihre Politik der Unterwerfung Österreichs unter das Diktat des Auslandskapitals stärker zu betreiben, ruft die Gefahr eines neuen Anschlusses hervor und bedroht die nationale Selbständigkeit unseres Volkes.

Die österreichische Arbeiterklasse kann und wird sich mit dieser Lage aber nicht einfach abfinden. Sie wird sich, nachdem die KPÖ aufgehört hat, eine revolutionäre Partei zu sein, eine revolutionäre Partei neu schaffen. Erste Schritte dazu sind bereits getan:

Am 12. Juni 1965 versammelten sich in Wien verantwortungsbewußte und prinzipienfeste Arbeiterfunktionäre, um ein VORBEREITUNGS-KOMITEE ZUR NEUGRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI IN ÖSTERREICH auf der Grundlage des unverfälschten Marxismus-Leninismus zu bilden.

Dieses Komitee richtet an alle revolutionären, klassenbewußten Arbeiter, an alle Menschen, die ernstlich den Sozialismus erstreben, den APPELL, IHM BEI SEINER SCHWIERIGEN UND VERANTWORTUNGSVOLLEN ARBEIT ZU HELFEN.

Wer gegen den ausbeuterischen, kriegstreiberischen Kapitalismus ist, wer für eine neue, menschenwürdige Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung, Völkerverhetzung und Massenmord, wer für den Sozialismus kämpfen will, beteilige sich an der Arbeit dieses Komitees und unterstütze sein Organ, die "ROTE FAHNE"!

Wir wissen uns in unserem Kampf eins mit der großen kommunistischen Weltbewegung, mit allen Völkern der Erde, die gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen.

Wir wissen, daß wir siegen werden!

Vorwärts im Kampf für die Neugründung der kommunistischen Partei in Österreich!

Vorwärts im Kampf für den Sozialismus in Österreich!

Das provisorische
Zentrale Vorbereitungskomitee

WIEN 15., GOLDSCHLAGSTRASSE 30/33

Eigentümer, Herausgeber und Verleger Verantwortlicher Redakteur und Druck: Franz Strobl Wien XV, Goldschlagstraße 30/33

ZU DEN MATERIALIEN DES REVISIONISTISCHEN PARTEITAGS:

Ernst Fischers 'Vision vom Sozialismus'

Ernst Fischers unter obigem Titel abgegebene Erklärungen auf dem 19. Parteitag der KPÖ stellen - vielleicht neben seinem in "Weg und Ziel" erschienenen Artikel "Marxismus und Ideologie", auf den noch gesondert zurückzukommen sein wird - einen vorläufigen Höhepunkt der revisionistischen Entartung der KPÖ dar.

Eingangs sei, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, besonders unterstrichen, daß Ernst Fischer nur noch deutlicher und unverhüllter das ausgesprochen hat, was - wenn auch mit gewissen Abwandlungen und Nuancen - heute die gesamte Führung der KPÖ, von Marek bis Muhri, von Fischer bis Fürnberg, nachdrücklichst vertritt: Revisionismus und Antimarxismus ausgeprägtester Natur.

Schon beim Titel seiner Erklärung - "Unsere Vision vom Sozialismus" - beginnt es; denn wenige Sätze später sagt Fischer: "In Österreich ist der Glanz und die Anziehungskraft einer konkreten sozialistischen Zukunftsvision verloren gegangen." Fischer spricht von der Vision des Sozialismus - um gegen eine solche aufzutreten und sie abzuwerten.

Mit dem Stolz des sich bestätigt findenden Renegaten spricht Fischer seine Anwürfe gegen den Marxismus-Leninismus, gegen die Länder des Sozialismus, gegen die kämpferische Vergangenheit der KPÖ (sie habe ihre Hoffnungen früher auf eine Katastrophe gesetzt!!) aus und verkündet er sein durch und durch revisionistisches, bürgerlich-liberales, antimarxistisches und prokapitalistisches Bekenntnis. "Aussprechen, was ist", nennt er das.

Die Begriffe der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats sind aus seinem Vokabular vollständig geschwunden. Ausdrücklich erklärt er sich als Gegner jeder Diktatur, also auch der proletarischen, die nichts anderes als Staatsmacht der Arbeiterklasse und Diktatur nur gegen die ausbeuterischen Elemente bedeutet. Seine Formel entspricht haargenau dem, was die Führer der SPÖ seit Jahren demagogisch ausrufen: "Gegen jede Diktatur!" und was in Wahrheit aber nur heißt, die bürgerliche Demokratie, also die faktische Diktatur des Kapitals, unter allen Umständen verewigen zu wollen.

Mit Unterstellungen, die unmittelbar aus dem Arsenal der erbittertsten Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung entlehnt sind, zieht Ernst Fischer gegen die marxistisch-leninistische Bewegung, gegen die Länder des Sozialismus los: dort herrsche die Diktatur einer Partei; dort wurde und werde die Demokratie nicht erweitert, sondern eingeschränkt; dort gab und gebe es nicht ein Mehr an Freiheit für das werktätige Volk, sondern weniger Freiheit als im Kapitalismus. Die Schlußfolgerung Fischers lautet denn auch wörtlich: "Die Sowjetunion, die Länder der Volksdemokratie... sind kein Modell, das den Bedingungen unseres Landes, den Wünschen unseres Volkes entspricht." Fischers "Visionen" vom Sozialismus - so hat man den Eindruck - sind himmelweit erhaben über das, was bisher in sozialistischen Ländern zusammen"gepfuscht" wurde, - bis man plötzlich entdeckt, daß sie in verblüffender Weise dem entsprechen, was in Tito-Jugoslawien als "Sozialismus" ausgegeben wird und was Ernst Fischer selber einst in seinem Theaterstück "Der große Verrat" angeprangert hat.

Der angeblich mangelnden Freiheit in den sozialistischen Ländern stellt Fischer als anzustrebende Ideale die parlamentarische Demokratie, das bürgerliche Mehrparteiensystem "mit garantiertem Recht auf Meinungsfreiheit, auf Freiheit der Presse und Organisation" gegenüber. Wer sich da organisiert und zu welchen Zwecken, ist ihm offenbar egal - mögen es auch die Leute sein, die 1956 in Ungarn kommunistische Arbeiter an den Füßen aufgehängt und zu Tode getreten haben. Ernst Fischer stört es auch nicht, daß die von ihm so verehrte "Freiheit der Presse" in erster Linie die Freiheit jenes Klüngels ist, der die Presse beherrscht und seit langem dafür sorgt, daß sich das Wort "gedruckt" kaum noch vom Wort "gelogen" unterscheidet.

Ernst Fischer verlangt autonome, von den Parteien (wieder ein Hieb gegen die sozialistischen Länder, die er eben kritisiert) "unabhängige" Gewerkschaften und neben diesen noch viel mehr "mannigfaltige demokratische Organisationen". "Die Alternative, die Möglichkeit, in jeder Sache zwischen verschiedenen Konzepten zu unterscheiden, ist eine Voraussetzung der Demokratie", erklärt er. Wieder "vergißt" er, daß es

ja schließlich auch so etwas wie konterrevolutionäre, antisozialistische und arbeiterfeindliche "Konzepte" gibt, die in einer Revolution, in einem erbitterten Kampf von Klasse gegen Klasse zuzulassen glatter Selbstmord wäre. Natürlich verliert er auch kein Wort darüber, daß es die Aufgabe einer wirklich kommunistischen Partei ist, in den Gewerkschaften und anderen "mannigfaltigen Organisationen" zwar nicht absolutistisch zu herrschen, sehr wohl aber die ideologische Führung und Anleitung zu verwirklichen, um sie der Sache des Kampfes für die Erringung und den Aufbau des Sozialismus dienstbar zu machen.

Ohne alle Hemmungen wird von Ernst Fischer "ausgesprochen, was ist": er ist nicht nur für die von der SPÖ übernommene Forderung nach sogenannter "Mitbestimmung", die bloß ein verwirrender Ausdruck für die reformistische Politik der "Sozialpartnerschaft" ist, sondern er geht noch einen Schritt weiter und setzt sich ohne jede Einschränkung auch für die Mitverantwortung der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft ein.

Nachdem Ernst Fischer alle für das Wesen des Marxismus-Leninismus und des Kampfes für den Sozialismus entscheidenden Merkmale verworfen hat, nachdem er ein Programm erstellt hat, das auch jeder bürgerlich-liberale Politiker unterschreiben könnte, schildert er seine Vorstellungen und Konzepte für den Sozialismus, seine "Vision vom Sozialismus" in Österreich. Es stellt sich - wie ja nicht anders zu erwarten war - heraus, daß diese Konzepte mit Sozialismus nur mehr noch den Namen gemeinsam haben.

So sagt Ernst Fischer, daß Sozialismus die "Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel erfordert", unterstreicht aber gleich auch das, was ihm anscheinend noch wichtiger ist: Sozialismus sei "zugleich Sicherung alles übrigen Privateigentums". Hier wird der Sozialismus also zu einem Instrument der Sicherung des Privateigentums an der Masse all jener Produktionsmittel, die nicht unter den dehnbaren Begriff von "wichtigsten" Produktionsmitteln fallen und von denen sich später herausstellt, daß nur die größten Betriebe dazu zählen. Private Mittelbetriebe, Großbauernwirtschaften und andere Betriebe, in denen Menschen ausgebeutet werden, wird der Fischersche "Sozialismus" also "sichern"! In der Landwirtschaft wird es "Sache der Bauern selbst sein", sagt Fischer, "die (bestehenden!) Genossenschaften zu vervollkommnen". Die in Österreich bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften werden bekanntlich von den Großagrariern und reichen Bauern beherrscht - Ernst Fischer will sie nichts weiter als vervollkommnen.

Und wie sieht es mit der "Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel" in Fischers "Vision vom Sozialismus" aus? Ganz einfach: Ihm genügt im wesentlichen bereits die bestehende Verstaatlichung. Er sagt:

"Ein großer Teil der österreichischen Industrie ist faktisch, die Großbanken sind formell verstaatlicht. Wenn eine sozialistische Regierung diese formelle in eine faktische Verstaatlichung verwandelt, wenn sie noch eine Reihe wichtiger Industrien und Unternehmungen sowie den Großhandel verstaatlicht, wäre das ökonomische Fundament des Sozialismus gegeben."

Man sieht: Nur noch ein paar Kleinigkeiten und Österreich ist ein sozialistisches Land!

Was Ernst Fischer in seinem "visionär" gesehenen österreichischen Sozialismus als die Planwirtschaft bezeichnet, ist mit allen wesentlichen Merkmalen einer kapitalistischen Wirtschaft versehen und offenbar nach dem Beispiel des in Jugoslawien unter Tito bereits restaurierten Kapitalismus geformt. Den die sozialistische Wirtschaft planmäßig lenkenden Staat der Arbeitermacht stellt er als einen Schrecken einflössenden Teufel des "bürokratischen Machtapparats" hin und schwärmt von einer sogenannten "Selbstverwaltung", von der "Initiative der Betriebsleitung und Belegschaft", und von anderen Requisiten aus dem antimarxistischen Arsenal Titos, die in Wirklichkeit nur Verzicht auf zentrale Planung und Auslieferung der Betriebe an eine Schichte von Managern bedeuten, die nach kapitalistischen Methoden drauflos wirtschaften.

Die richtige Forderung der revolutionären Arbeiterbewegung nach Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs verbiegt sich in Ernst Fischers "Visionen" zu der oberflächlichen und gänzlich unmarxistischen Parole der "vollen Freiheit der Religion, der Wissenschaft und der Kunst, ohne jede Bevormundung" und "ohne Wenn und Aber". Fischer hat damit jedweder reaktionären, im Dienste der Ausbeuterordnung und der Konterrevolution stehenden Ideologie Tür und Tor nicht nur geöffnet, sondern von allem Anfang an offengehalten. Der kommunistische Kulturminister des Jahres 1945 hat sich

damit zu einem generellen Verfechter des bürgerlich-liberalen, durch und durch reaktionären, pro-imperialistischen "Freiheits"-Begriffes gemausert. Grunderkenntnisse des Marxismus-Leninismus, die besagen, daß die Religion im Dienste der Ausbeuterordnung steht, daß auch Wissenschaft und Kunst Klassencharakter haben, werden als offenbar "überlebt und veraltet" behandelt und ein frisch-fröhlicher, von keiner marxistischen Erkenntnis beschwerter Liberalismus für beliebig alles, was unter dem Titel von Religion, Kunst und Wissenschaft läuft, feiert bei Ernst Fischer Urständ.

Mit seinen Erklärungen und Beschreibungen des von ihm "visionär" gesehenen künftigen "Sozialismus" in Österreich hat es Fischer genügend klar gemacht, daß es ihm nicht um eine sozialistische Gesellschaftsordnung, sondern um eine im Wesen unverändert gebliebene kapitalistische Gesellschaftsordnung geht, der fälschlicherweise der Namen "sozialistisch" beigegeben wird.

Wenn Ernst Fischer seine Ausführungen mit den Worten beginnt: "Dieser Parteitag kann für die Zukunft unserer Partei entscheidend sein", so trifft das sicher zu - wenn auch in einem anderen als in dem von ihm gemeinten Sinn. Man kann es ihm nicht streitig machen, daß er selbst nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, daß dieser Parteitag das Ende der KPÖ als einer kommunistischen marxistisch-leninistischen Partei besiegelt hat. Darin besteht das "für die Zukunft" der KPÖ "Entscheidende" dieses Parteitags.

Ernst Fischer hat sich gemeinsam mit der gesamten Führung der KPÖ von allen revolutionären Grundsätzen des Marxismus-Leninismus losgesagt. Wenn er in seiner Erklärung der Auffassung entgegentritt, daß die KPÖ infolge ihres "dauernden Schrumpfungsprozesses" allmählich funktionslos werde, so muß man ihm in einem gewissen Sinne sogar beipflichten: denn mit seiner "Vision vom Sozialismus" in Österreich hat er der KPÖ tatsächlich eine neue Funktion zugewiesen - die Funktion der Verwirrung der Gehirne der ehrlichen Kommunisten und ehrlichen Gegner des Kapitalismus mit Hilfe der von ihm entwickelten pseudosozialistischen "Theorien".

Ein richtiger Gedanke steckt wohl auch in den Worten Ernst Fischers: "Wenn wir österreichischen Kommunisten uns nicht auf den friedlichen Weg zum Sozialismus orientieren, werden wir zu Leuten, die Verzweiflung mit revolutionärer Gesinnung verwech-

HILFE FÜR VIETNAM - HILFE FÜR VIETNAM - HILFE FÜR

Vor einigen Wochen haben wir in der "Roten Fahne" mitgeteilt, daß Genossen aus einem Wiener Parteibetrieb aus eigener Initiative eine Geldsammlung für die vietnamesischen Freiheitskämpfer begonnen und uns 250 Schilling überbracht hatten. Diese Mitteilung genügte, um uns eine größere Zahl weiterer Vietnamspenden einzubringen, die bis 15. Juni die Höhe von insgesamt <u>6.201 Schilling</u> erreicht haben.

Geradezu ergreifend war es, als unter anderen ein Genosse aus Krems in der Redaktion vorsprach und mitteilte, daß er nur ein einfacher Arbeiter ist und über keine Reichtümer verfügt, mit denen er unseren vietnamesischen Brüdern helfen könnte; er besitze jedoch eine Briefmarkensammlung und bitte die Redaktion, sie zu verkaufen, um den Erlös für die Freiheitskämpfer in Vietnam zu verwenden. Nach einer vorgenommenen Schätzung repräsentiert die Sammlung einen Wert von rund 2.000 Schilling.

Die Redaktion dankt diesem Genossen wie allen anderen Spendern für ihre kommunistische Solidarität und Opferbereitschaft. Wir hoffen, schon in nächster Zeit persönlichen Kontakt mit vietnamesischen Genossen aufnehmen zu können und werden bei dieser Gelegenheit die bei uns eingelaufenen Spenden an sie weitergeben.

VIETNAM - HILFE FÜR VIETNAM - HILFE FÜR VIETNAM

HILFE FÜR VIETNAM - HILFE FÜR VIETNAM

VIETNAM - HILFE FÜR VIETNAM - HILFE

sein". Allerdings muß man den Satz umkehren: Nachdem Fischer und seine revisionistischen Gesinnungsfreunde ihre revolutionären Überzeugungen aufgegeben und den Boden des Marxismus-Leninismus unter den Füßen verloren hatten, blieb ihnen in ihrer Verzweiflung nichts anderes übrig, als die alte, seit Bernstein, Kautsky und anderen reformistischen Demagogen seit eh und je zur Irreführung der Arbeiterklasse verwendete trügerische Hoffnung auf den friedlichen Übergang zum Sozialismus hervorzuziehen und selbst damit hausieren zu gehen.

Schließlich enthält auch die Bemerkung Ernst Fischers "Sektierertum ist politische Selbstentmannung", wenn man sie umkehrt, einen Sinn: Sie, die modernen Revisionisten, denen sich Ernst Fischer angeschlossen hat, haben politische Selbstentmannung begangen und sind damit - wie die künftige Entwicklung in Österreich zeigen wird - noch tiefer in jenes Sektierertum, in jene Isolierung hineingeraten, in der die KPÖ bereits seit Jahren versinkt. Auch die hemmungsloseste Anbiederung an die rechten SP-Führer und auch die betonteste Abkehr von all dem, was der Bourgeoisie an den Kommunisten nicht gefällt, wird daran nichts ändern können. Es wird nur bewirken, daß sich die wirklich revolutionären Elemente der österreichischen Arbeiterklasse noch rascher von jenen Führern abwenden, die so offensichtlich in die ideologische Heimat ihrer bürgerlichen Ahnen zurückgekehrt sind.

F.



Joan Robinson, Cambridge

China heute

Die vom Österreichischen Arbeiterkammertag und vom ÖGB herausgegebene Monatsschrift "ARBEIT UND WIRTSCHAFT" veröffentlichte in ihrer Juni-Nummer 1965 eine hochinteressante Stellungnahme, die Frau Joan Robinson, Professor für Nationalökonomie an der Universität Cambridge, England, und Verfasserin bedeutender wirtschaftswissenschaftlicher Werke, nach einem längeren Studienaufenthalt in Volkschina abgegeben hat.

Angesichts der Verleumdungen und Albernheiten, die heute von verschiedenen Seiten - darunter auch von jener sich "Kommunisten" nennender moderner Revisionisten - über das sozialistische China verbreitet werden, halten wir es für nützlich, das auf dem Boden der Sachlichkeit bleibende Urteil der englischen Wissenschafterin über die Lage in der Volksrepublik China ausführlich zu zitieren:

Es wird im Westen viel auf schlechter Information beruhende und übelwollende Propaganda über China betrieben. Seit ich aus Peking zurückgekehrt bin, werde ich ständig nach dem Fehlschlag des „großen Sprungs vorwärts" gefragt, nach dem Angriff auf das Familienleben durch die kommunistische Partei in China oder nach der Reglementierung der Bauern. Teilstücke feindlicher Propaganda, aufgeblasen vom Wunschdenken, malen ein Bild der Situation Chinas, das mit dem, was ich während meines Aufenthaltes sah, keine Ähnlichkeit hat.

Meiner Meinung nach ist die Tatsache, daß die Mangeljahre ohne Inflation bewältigt wurden, eine bei weitem eindrucksvollere Leistung als der „große Sprung".

In China jedenfalls, wird der „große Sprung" keineswegs als Fehlschlag gewertet. Bemerkenswerte Bauten, für die man anderswo Jahre gebraucht hätte und die in wenigen Monaten errichtet wurden, Bewässerungsanlagen, Urbarmachung des Landes, Pflanzungen von Obstgärten und vieles mehr, haben solide Wohltaten hinterlassen; sogar der *„Hinterhof"-Stahl* war keine völlige Verschwendung — er hinterließ in vielen kleinen lokalen Gießereien einen verwertbaren Rückstand und hatte überdies einen bedeutenden erzieherischen Effekt, da er den Bauern zeigte, daß Metallarbeit keine Geheimkunst jenseits ihrer Reichweite darstellt.

Bessere Zeiten

1962 begann man sich von den schlechten Jahren zu erholen und war im letzten Jahr bereits in voller Fahrt. Die Fehler wurden analysiert und Maßnahmen ausgearbeitet, um sie zu verbessern. Wie keine andere Regierung arbeitet die Regierung Chinas nach dem wissenschaftlichen Prinzip der Regula falsi. Feindselige Beobachter, die Verbesserungen eines Irrtums für das Eingeständnis eines Fehlschlages halten, rennen kläffend hinter der Entwicklung der chinesischen Verwaltung her, die sich selbst lehrt, was zu tun ist.

Schlechtwetter, freilich, wird es wieder geben. Aber es wurden bereits genug Fortschritte in der Wasserspeicherung und -regulierung erzielt, um in Zukunft große Gebiete nahezu vollständig immun zu machen. Auch hier gab es Enttäuschungen. Der Damm der großen *Drei Tore* des *Gelben Stromes* leidet an einer Fehlkalkulation in bezug auf die Sandablagerung. Ausländische Freunde Chinas beschuldigen sowjetische Experten — aber nicht eine chinesische Stimme: Man sagt, daß es Chinas eigener Fehler sei, einen falschen Rat angenommen zu haben. Andererseits machten es die Bewässerungsanlagen im *Perlenflußdelta* möglich, im Jahre 1963, angesichts einer Dürre, die furchtbarer war als irgendeine Dürre während der schlechten Jahre, die reichste Reisernte und die größten Hektarerträge einzubringen, die je erzielt worden waren.

Was die Abberufung der Sowjetexperten betrifft, stellt sich heraus, daß sich „das Schlechte zum Guten wandte", weil nun nahezu alle praktische Erfahrung, die sie mit sich nahmen, von den chinesischen Technikern wiederentdeckt wurde. Statt sowjetische Modelle, die sowjetischen Bedürfnissen angepaßt sind, zu übernehmen, können sie nun selbst die ihren eigenen Erfordernissen und Möglichkeiten entsprechenden Modelle entwerfen. (Hierin liegt eine Lehre für alle Entwicklungsländer.) Die chinesische Wirtschaft ist jetzt zu einem neuerlichen Sprung bereit; diesmal ohne Torheiten.

Die Kommunen

Eine der Legenden, die Wunschdenker gerne glauben, ist der Zusammenbruch der Volkskommunen. Die schlechten Jahre, das trifft zu, beseitigten dort eine Menge Unsinn. Als Folge davon liefert jetzt das System der Kommunen eine flexible und praktische Methode der Organisierung der Landwirtschaft unter den (gegebenen) asiatischen Verhältnissen. Mehr noch: die Kommune ist ein demokratisches System. Die chinesische Partei ist entschlossen, die sowjetischen Fehler der Entfremdung der Bauernschaft zu vermeiden. Die Mitglieder eines Teams einer chinesischen Kommune müssen überzeugt sein, daß die Aufgaben, zu deren Erfüllung sie sich im Jahresplan verpflichteten, vernünftig sind und daß ihnen ihre Verkäufe genug zur eigenen Ernährung übriglassen. Die Details der Organisierung, wie die Bewertung der verschiedenen Tätigkeiten nach *Arbeitspunkten*, werden diskutiert und in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung festgesetzt. Die Kommune gibt allen ihren Mitgliedern fünf Garantien: Nahrung, Kleidung, Unterkunft, ärztliche Betreuung und das Aufkommen für die Bestattungskosten. Für gewöhnlich lebt ein Haushalt von den *Arbeitspunkten*, die seine Mitglieder verdienen, ergänzt durch Produkte vom Stück Hofland sowie von häuslichen Nebenbeschäftigungen. Familien, die Mangel leiden, wird aus dem Fürsorgefonds des Teams, dem sie angehören, Unterstützung gewährt. Die Elementarschulbildung ist allgemein, und für gescheite Kinder bestehen Möglichkeiten, die Erziehungsleiter emporzuklettern. Darüber hinaus stellt das ganze System eine fortwährende Ausbildung in Landwirtschaftstechnik, betriebswirtschaftlicher Buchführung und politischer Organisation dar.

Die indische Grenze

Die Verwirrung über die sogenannte Invasion Indiens ist groß. Ein gelegentlicher Besucher aus dem Ausland lernt die Geheimnisse der Außenpolitik nicht kennen. Natürlich glauben die kleinen Leute, daß ihr Land im Recht war. Nach ihrer Version ist die Grenze „eine Frage, die die Geschichte hinterlassen hat". Die Chinesen boten Verhandlungen zur Beilegung des Streites an; bis dahin sollte eine entmilitarisierte Zone zwischen den Streitkräften Zusammenstöße verhindern. Die indische Seite lehnte ab und bestand darauf, die Frage offenzulassen. Schließlich startete sie eine Campagne, „die Chinesen hinauszuwerfen". Die chinesischen Grenzwachen waren zum Gegenangriff gezwungen. Nun, da sie die militärische Drohung abgewendet haben, haben sie auch die gewünschte Position erreicht, und die indische Seite hält die Streitfrage nur dem Namen nach offen. Die Chinesen zeigen keine Neigung, sich mit ihrem militärischen Erfolg zu brüsten, aber sie rechnen sich gerne ihre großmütige Behandlung der Kriegsgefangenen als Verdienst an.

Die Bombe

Ich war am 16. Oktober in Peking, als der Atombombentest bekanntgegeben wurde. Die Öffentlichkeit freute sich darüber und empfand sie als Beweis ihrer technischen Fähigkeiten und als eine Sicherung ihres Lebens. Ich stand stets in scharfer Opposition zu den sogenannten unabhängigen Abschreckungswaffen für Großbritannien, aber die Lage Chinas scheint mir völlig anders zu sein. Umgeben von Stützpunkten, deren Atomwaffen auf ihre Städte gerichtet sind, befinden sich die Chinesen unter ständiger Bedrohung. U-2-Maschinen überfliegen ihr Gebiet, Saboteure landen an ihren Küsten, ein abscheulicher Unterdrückungskrieg wird in einem ihrer Nachbarländer geführt. Wunschdenker mögen sagen, es sei Unsinn, sich vor Amerika zu fürchten, aber sie können gerade gegenwärtig keinen sehr überzeugenden Beweis für ihre Auffassung liefern.

(Übersetzung: Hanna Steindl)

DOKUMENTE DER REVOLUTIONÄREN WELTBEWEGUNG - DOKUMENTE

MAO TSE-TUNGS ERKLÄRUNG

Zur Unterstützung des dominikanischen Volkes in seinem Kampf gegen die bewaffnete USA-Aggression

In der letzten Zeit fand in der Dominikanischen Republik ein Staatsstreich zum Sturz des verräterischen Diktatorregimes Cabral statt. Die Johnson-Regierung der USA hat mehr als 30 000 Mann Truppen zur blutigen Unterdrückung dorthin geschickt. Das ist eine ernsthafte Provokation des dominikanischen Volkes, der Völker Lateinamerikas und der ganzen Welt durch den amerikanischen Imperialismus.

Das patriotische dominikanische Volk steht jetzt im heroischen Kampf gegen die USA-Aggressoren und ihre Lakaien.

Das chinesische Volk unterstützt entschlossen das dominikanische Volk in seinem patriotischen bewaffneten Kampf gegen den USA-Imperialismus. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Dominikanische Republik, unterstützt durch die Völker aller Welt, in ihrem patriotischen Kampf gegen den USA-Imperialismus den Endsieg erringen wird, wenn sie sich auf die breiten Volksmassen stützt, alle patriotischen Kräfte vereint und auf einem langandauernden Kampf beharrt.

Der USA-Imperialismus hat seine Bemühungen niemals unterbrochen, die Länder Lateinamerikas unter seine Kontrolle zu stellen. Intervention, Subversion und Aggression gegen sie zu verüben. Diesmal hat die USA-Regierung all ihre trügerischen Phrasen wie die „gutnachbarliche Politik“ und das „Prinzip der Nichteinmischung“ beiseite geschoben, eine nackte Einmischung in die Dominikanische Republik verübt und Aggression gegen sie begangen. Damit wurden die wahren Gangsterzüge des USA-Imperialismus noch mehr enthüllt.

Die Vereinigten Staaten haben ihre bewaffnete Intervention gegen die Dominikanische Republik unter dem Banner der „Verteidigung der Freiheit“ durchgeführt. Welche „Freiheit“ ist das? Es ist eine Freiheit der Niedermetzelung der Völker anderer Länder durch Flugzeuge, Kriegsschiffe und Kanonen. Es ist eine Freiheit des mutwilligen Überfalls auf fremdes Territorium und dessen Okkupation und der beliebigen Verletzung der Souveränität fremder Länder. Es ist eine Freiheit der Piraten zur Plünderung und Ermordung. Es ist eine Freiheit, alle Länder und Völker der Welt mit Füßen zu treten. Das ist gerade das, was die USA-Imperialisten jetzt in der Dominikanischen Republik, in Vietnam, in Kongo (Léopoldville) und in vielen anderen Orten verüben.

Die Vereinigten Staaten haben ihre bewaffnete Einmischung in die Dominikanische Republik noch unter dem Banner des „Kampfes gegen den Kommunismus“ geführt. Mit dem „Kampf gegen den Kommunismus“ meint der USA-Imperialismus den Kampf gegen alle, die keine Sklaven der Vereinigten Staaten sein wollen, die Unabhängigkeit, Souveränität und nationale Würde verteidigen und die sich der Aggression, Kontrolle, Intervention und Tyrannei des USA-Imperialismus nicht aussetzen wollen. Das haben Hitler, Mussolini und Tojo in der Vergangenheit getan und begeht der USA-Imperialismus heute in noch größerem Maßstab.

In den Augen des USA-Imperialismus sind alles, seien es die Vereinten Nation, die Organisation der Amerikanischen Staaten oder irgendetwas anderes, bloße Werkzeuge in seinen Händen. Er verwendet sie, wenn sie seinem Zweck dienen, und stößt sie weg, wenn er sie nicht braucht. Er kann die weggestoßenen aber wieder auflesen, um sich ihrer nochmals zu bedienen. Die Verwendung und das Wegstoßen hängen nur davon ab, ob sie seinem aggressiven Zweck nützen.

Die USA-Aggression gegen die Dominikanische Republik läßt das dominikanische Volk und die Völker der lateinamerikanischen Länder noch deutlicher erkennen, daß man, um die nationale Unabhängigkeit und Souveränität des Landes zu verteidigen, einen Kampf „Gleiches mit Gleichem zu vergelten“ gegen den aggressiven USA-Imperialismus führen muß.

Die bewaffnete Einmischung der Vereinigten Staaten in die Dominikanische Republik hat unter den Völkern Lateinamerikas und der ganzen Welt erneut eine Flutwelle des Kampfes gegen den USA-Imperialismus ausgelöst. Ihr, das heldenhafte dominikanische Volk, steht in Eurem Kampf nicht allein. Ihr habt die Unterstützung aller anderer Völker Lateinamerikas, die Unterstützung aller Völker Asiens, die Unterstützung aller Völker Afrikas und die Unterstützung der Völker des sozialistischen Lagers und der ganzen Welt.

Die Völker des sozialistischen Lagers, die Völker der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und die Völker aller anderer Kontinente müssen sich vereinigen, alle friedliebenden Staaten und alle Staaten, die der Aggression, Kontrolle, Einmischung und Tyrannei der Vereinigten Staaten ausgesetzt sind, müssen sich vereinigen und eine möglichst breite Einheitsfront zum Kampf gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des USA-Imperialismus und zur Verteidigung des Weltfriedens bilden.

Die Völker der ganzen Welt werden in ihrem Kampf gegen den USA-Imperialismus siegen!

Der USA-Imperialismus, der gemeinsame Feind aller Völker der Welt, wird besiegt werden!

12. Mai 1965

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101